

II-3493 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

A n t r a g

No. .... 167/A  
Präs.: 2 6. NOV. 1985  
.....

der Abgeordneten Marsch, DDr. König, Mag. Kabas  
und Genossen

betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung  
politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984 geändert wird

Der Nationalrat wolle beschließen:

Bundesgesetz vom ....., mit dem das Bundesgesetz über die Förderung politischer  
Bildungsarbeit und Publizistik 1984 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984,  
BGBl.Nr. 369, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 538/1984, wird wie folgt  
geändert:

1. § 2 Abs. 2 erster Satz lautet:

"Der Grundbetrag entspricht dem Jahresbruttobezug von fünf ordentlichen  
Universitäts(Hochschul)professoren der 10. Gehaltsstufe sowie sieben  
Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppe b, Entlohnungsstufe 20,  
jeweils einschließlich der Sonderzahlungen."

2. § 2 wird folgender Abs. 4 angefügt:

"(4) Jedem förderungswürdigen Rechtsträger sind auf sein Verlangen  
zusätzliche Förderungsmittel für internationale politische Bildungsarbeit

-2-

in der Höhe von 15 v.H. der ihm gemäß Abs. 2 gebührenden Förderungsmittel zuzuweisen. Diese Förderungsmittel sind für internationale politische Bildungsarbeit, zu höchstens 15 v.H. für den daraus erwachsenden Verwaltungsaufwand, zu verwenden. Nicht für internationale politische Bildungsarbeit verbrauchte Förderungsmittel können auch für staatsbürgerliche Bildungsarbeit gemäß § 1 Abs. 1 Z. 2 verwendet werden. Projekte der internationalen politischen Bildungsarbeit mit Kosten von mehr als 10 v.H. der gesamten zusätzlichen Förderungsmittel für internationale politische Bildungsarbeit sind zuvor vom Beirat (§ 3 Abs. 2) aufgrund der von diesem in Ausführung zu § 1 selbst zu erstellenden Richtlinien zu begutachten."

3. § 3 Abs. 2 letzter Satz lautet:

"Dem Beirat gehören ferner je ein Vertreter des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, sowie je zwei Vertreter der politischen Parteien gemäß § 1 Abs. 1 Z. 3 an."

## Artikel II

- (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1.1.1986 in Kraft.
- (2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Verfassungsausschuß zuzuweisen.

-3-

## BEGRÜNDUNG

Gemäß dem geltenden Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik wird die Bildungs- und Informationstätigkeit für österreichische Staatsbürger der entsprechenden Bildungseinrichtungen der in Klubstärke im Nationalrat vertretenen politischen Parteien gefördert. Politische Parteien der rund 25 Staaten der Welt, die zu Recht als Demokratien bezeichnet werden, haben jedoch nicht nur im nationalen Bereich solchen Informations- und Bildungspflichten nachzukommen, sondern auch im internationalen. Dies haben mehrere europäische Staaten, so beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland, bereits dadurch anerkannt, daß den politischen Parteien ihres Landes zusätzliche Förderungsmittel zuerkannt werden, um diese in die Lage zu versetzen, politische Bildungsarbeit auf der internationalen Ebene zu leisten. Durch den gegenständlichen Antrag soll die Rechtsgrundlage dafür geschaffen werden, daß künftig auch die Bildungseinrichtungen der im Nationalrat vertretenen politischer Parteien für Bildungs- und Informationsveranstaltungen auch für nichtösterreichische Staatsbürger Förderungsmittel erhalten. Zu diesem Zweck soll den genannten Einrichtungen ein zusätzlicher Betrag von 15% der ihnen aufgrund des geltenden Gesetzes bereits auszahlenden Förderungsmittel zukommen. Bei Großprojekten der politischen Bildungsarbeit auf internationaler Ebene ist vorgesehen, daß sie vor ihrer Inangriffnahme aufgrund noch zu erarbeitender Richtlinien von dem gemäß diesem Bundesgesetz eingerichteten Beirat begutachtet werden müssen. Schließlich sieht der Antrag vor, den seit 1973 weitgehend unverändert gebliebenen Sockelbetrag um rund 22% zu erhöhen.